



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie e. V.

Aktuell seit 23.03.2026 09:49:57

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000579
Ersteintrag:	17.02.2022
Letzte Änderung:	23.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	23.03.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Straße des 17. Juni 106-108 10623 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930340603630 E-Mail-Adressen: info@dgooc.de Webseiten: www.dgooc.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. med. Jörn Dohle**
Funktion: Präsident
2. **Prof. Dr. med. Christoph Lohmann**
Funktion: 1. Vizepräsident
3. **Prof. Dr. med. Georgi Wassilew**
Funktion: 2. Vizepräsident
4. **Prof. Dr. med. Bernd Kladny**
Funktion: Generalsekretär
5. **Prof. Dr. med. Karl-Dieter Heller**
Funktion: Schatzmeister
6. **Prof. Dr. med. Andreas Roth**
Funktion: Orthopädischer Vertreter des Konvent der Universitätsprofessuren für Orthopädie und Unfallchirurgie
7. **Prof. Dr. med. Wolf Drescher**
Funktion: Orthopädischer Vertreter des Verbands leitender Orthopäden und Unfallchirurgen e. V.
8. **Dr. med. Burkhard Lembeck**
Funktion: Präsident des Berufsverbandes für Orthopädie und Unfallchirurgie e. V.

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Dr. med. Jörn Dohle**
2. **Prof. Dr. med. Bernd Kladny**

Gesamtzahl der Mitglieder:

2.994 Mitglieder am 27.02.2026, davon:

2.989 natürliche Personen

5 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF)
2. Deutsche Gesellschaft für Chirurgie (DGCH)
3. Deutsche Schmerzgesellschaft e.V.
4. Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e. V. (DVfR)
5. Deutsche Traumastiftung e.V.
6. Dachverband Osteologie e.V. (DVO)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Krankenversicherung; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Ihren Zweck sieht die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie e. V. (DGOOC) in der Förderung der orthopädischen Wissenschaft in Forschung, Lehre und praktischer Anwendung einschließlich der Rehabilitation körperlich Behinderter. Zu ihren Aufgaben zählen zudem die Zusammenarbeit mit anderen medizinischen Fachgesellschaften, die Förderung der Aus-, Weiter- und Fortbildung, die Wahrung orthopädischer Belange in Gesetzgebung und Fachfragen sowie die Förderung der der Orthopädie nahestehenden Berufe. Die Gesellschaft versteht sich als zuständig in wissenschaftlichen Fragen gegenüber der Öffentlichkeit und der Ärzteschaft und damit als Ansprechpartner für andere Gesellschaften und Verbände, von Institutionen und Behörden.

Auf die Initiative der DGOOC wurde die Endoprothesenregister Deutschland gGmbH (EPRD) sowie die Endocert GmbH gegründet. Mit dem EPRD soll eine verlässliche Datengrundlage geschaffen werden, um langfristig die Qualität der künstlichen Hüft- und Kniegelenke beurteilen zu können, das Ergebnis der medizinischen Behandlung zu sichern und die Zahl der unnötigen Wechseloperationen zu verringern. Das EPRD verknüpft Routinedaten mit neuen Informationen über den Einbau künstlicher Hüft- und Kniegelenke und wertet diese Informationen mit Blick auf die Qualität der Implantate und der medizinischen Behandlung aus.

Die Endocert GmbH hat auf Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse Kriterien aufgestellt, die zu einer Erhaltung und Verbesserung der Versorgungsqualität und damit zu einer Erhöhung der Patientensicherheit bei der Implantation von Endoprothesen führen. Die EndoCert-Initiative stellt eine qualitativ hochwertige Durchführung solcher Eingriffe sicher. Medizinische Einrichtungen können sich als EndoProthetikZentrum (EPZ) und als EndoProthetikZentrum der Maximalversorgung (EPZmax) zertifizieren lassen, wenn die Erfüllung der aufgestellten Anforderungen in einem Audit nachgewiesen wird.

Ein weiteres Wirkungsfeld liegt in der Versorgungsforschung in der Orthopädie. Die DGOOC wird tätig bei Anfragen des Bundesministeriums für Gesundheit, des G-BA, des IQTiG, der AWMF und anderer Organisationen und Institutionen, soweit Kernarbeitsgebiete aus der Orthopädie betroffen sind. Weiterhin ist die Initiierung und Erstellung sowie die Mitarbeit bei Leitlinien ein wichtiges Aufgabengebiet. Die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) wird in Bezug auf die relevanten Ziffern in Orthopädie bearbeitet. Die Fachgesellschaft nimmt Stellung zu Fragen der Delegation und Substitution ärztlicher Tätigkeiten in Abstimmung mit der Bundesärztekammer.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. Sicherstellg. u. Verbesserung. d. Versorgungsqualität im Bereich d. Endoproth. - Mitwirkg. b. Implantateregistergesetz - IRegG

Beschreibung:

Verbesserung der Versorgungsqualität im Bereich der Orthopädie und der Endoprothetik; damit einhergehend wird die Möglichkeit einer Zusammenarbeit des EPRD mit dem Implantateregister Deutschland (IRD) geprüft

Betroffenes geltendes Recht:

IRegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (9):

1. SG2501030001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2501030003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2506110013 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2506110014 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

5. **SG2506110015** ([PDF - 2 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

6. **SG2506120003** ([PDF - 2 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

7. **SG2510210009** ([PDF - 2 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

8. **SG2602230016** ([PDF - 2 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

9. **SG2603230001** ([PDF - 2 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

2. Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. Patientinnen u. Patienten - StN z. RefEntw eines Gesetzes z. Änderg. d. TierSchG

Beschreibung:

Die DGOOC unterstützt ausdrücklich und vollumfänglich die Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vom 26.02.2024. Tierversuche stellen auch weiterhin für das Fach Orthopädie und Unfallchirurgie eine essentielle und unverzichtbare Grundlage dar, um weiterhin eine exzellente und innovative Behandlung der Patientinnen und Patienten zu garantieren.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 256/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

3. Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - Stellungnahme zum Referentenentwurf MVGenomV

Beschreibung:

Der in dem Modellvorhaben geplante Prozess der Patientenrekrutierung und Patienteneinwilligung muss über die jeweilige Onkologie erfolgen. Eine Beteiligung des Fachgebietes Orthopädie und Unfallchirurgie muss nicht erfolgen. Sollte wider Erwarten eine aktive Beteiligung des Fachgebietes Orthopädie und Unfallchirurgie erforderlich sein, so sind für die Gegenfinanzierung der über die Routineversorgung hinausgehenden Maßnahmen finanzielle Mittel bereitzustellen.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 257/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zum Modellvorhaben zur umfassenden Diagnostik und Therapiefindung mittels Genomsequenzierung bei seltenen und bei onkologischen Erkrankungen (Genomdatenverordnung - GenDV)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Verordnung zum Modellvorhaben Genomsequenzierung (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

4. Sicherstellg. u. Verbesserung. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - Mitwirkung beim KHVVG

Beschreibung:

Weiterentw. eigener fachgebietsspezif. LG,
Stärkere Berücksichtg. d. Kinderorthop. u. -unfallchir. b. Neuausrichtg. d. kindermed.
Strukturen i. R. d. Krhs.Reform,
Sicherstellg. einer flächendeckenden Versorg.,
Optimierg. d. Krhs.Strukturen, um effekt. u. effiz. Pat.Versorg. zu gewährl., Förderg. nach
angemessenen person. u. struktur./techn. Ressourcen,
Anerkenng. d. unabdingb. Bedeutg. v. spezial. Fachkl. u. Fortbestand dieser,
Unbedingte Förderg. d. ärztl. Aus- u. Weiterbildg. z. Sichergh. d. erforderlichen Qualität in d.
zukünftigen ärztl. Versorg.,
Sachgerechte, kostendeckende Finanzierg. u. angemessene Vergütg. d. orthop./unfallchir.
Leistung.,
Schaffg. v. angemessenen Rahmenbed. hins. d. interdisziplin. Zusammenarbeit z.
Gewährleistg. einer ganzheitl. u. interdisziplin. Versorg.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur
Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur
Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2406040006 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2412160025 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2412160026 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Sicherstellg. u. Verbesserung. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - StN z. RefEntwurf IOP-Governance-Verordnung - GIGV

Beschreibung:

Genaue Darstellg. d. zu erwartenden Umsetzungs-/Folgekosten u. Benennng. d. Finanzierg. quellen; Gefahr d. Abhängigkeit v. d. Preispolitik v. IT-Serviceanbietern, Notwendige Klärg. v. Haftg.fragen i. R. u. als Folge neuer Implementierg. auf Seiten d. Verbraucher u. diesbezügliche Entschädig.,

Kritik an niedriger Anzahl v. nur 7 MG im Expertengremium, da Gefahr besteht, dass Gesamtheit d. vielfältigen Interessen (d. Gemeinwohls) nicht ausreichend widergespiegelt werden können

Bedeutg. med. Expertise gegenüber reiner IT-Expertise ist unbedingt zu beachten (angemessene Anzahl v. Vertretern aus Ärztgruppen mit direkter Pat.Tätigkeit aus d. versch. Bereichen d. Gesundheitswesens, nicht in d. reinen IT-nahen Verwaltg. tätige Ärztgruppen oder arzneiliche Berufe)

Referentenentwurf:

Gesundheits-IT-Interoperabilitäts-Governance-Verordnung (Neufassung) (20. WP) (Vorgang)
[alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.04.2024

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GIGV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406050003 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2412200011](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

6. **Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - Entwurf Medizinforschungsgesetz (MFG)**

Beschreibung:

Als medizinische Fachgesellschaft schreibt die DGOOC der einrichtungsübergreifenden Forschung über Register eine entscheidende, grundlegende Bedeutung für den Erkenntnisgewinn zu; es ist problematisch, den Erkenntnisgewinn allein auf die Resultate von randomisierten klinischen Studien zu stützen. Zur Sicherstellung einer hochwertigen Versorgungsforschung in der Zukunft, bedarf es eines vereinfachten und zugleich datenschutzkonformen Umgangs mit Gesundheitsdaten. Ziel ist es somit, die Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschungszwecke forschungsfreundlicher zu regeln. Dies muss im Medizinforschungsgesetz Berücksichtigung finden.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11561](#) (Vorgang) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [[alle RV hierzu](#)]

2. Zuständiges Ministerium: [BMUV \(20. WP\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [[alle RV hierzu](#)]; Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407120008](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

7. **Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patienten - StN RefEntwurf Telemedizin-BlutspendeV**

Beschreibung:

Es wird begrüßt, dass die Prozesse durchdacht werden. Kritisch ist die vorgeschlagene Finanziereg. im Vgl. zu anderen Digitalisierungsprozessen. In dieser Verordng. wird

eine umfangreichere Kostenerstattg. angesetzt als die erheblich zu niedrige für Digitalisierg. der Krkh. und Praxen. In dieser Verordng. werden die hohen Hardware- und Softwarekosten, inkl. der kontinuierlich anfallenden Modernisierg., Wartung.- und Schulg.Kosten berücksichtigt. Problematisch ist, dass die Auswahl von Blutspendern ohne persönl. Untersuchg. eines Arztes erfolgen kann, womit die Gefährdg. weiterer Personen droht. Die Verhältnismässigk. im Vgl. zur Gewinng. anderer Blutprodukte (Wachstumsfaktoren- und Stammzellgewinnng.), Gewebeentnahmen zur Zellzüchtg., wo kritischer diskutiert wird, wird hinterfragt.

Referentenentwurf:

Verordnung zum Einsatz telemedizinischer Verfahren bei der Blut- und Plasmaspende (Telemedizin-BlutspendeV) (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 25.06.2024

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410010021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. Anpassung der C5-Äquivalenzverordnung zur Vermeidung von Risiken für Patientensicherheit sowie Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte

Beschreibung:

Da der vorliegende Entwurf der C5-Äquivalenzverordnung erhebliche Risiken für die Patientensicherheit sowie für Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte birgt, wird es als notwendig angesehen, dass die Verordnung so angepasst wird, dass Patienten nicht gefährdet werden, ungeplante neue Risiken für Krankenhäuser oder niedergelassene Orthopäden und Unfallchirurgen vermieden werden und entstehende neue Kosten vollständig erstattet werden.

Referentenentwurf:

C5-Äquivalenz-Verordnung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.01.2025

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110003 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

9. Berücksichtigung d. gesundheitspolit. Positionen in Orthop. u. Unfallchir. zur 21. Legislaturperiode seitens der Parteien u. polit. Akteure

Beschreibung:

Im Vorfeld der 21. Legislaturperiode gibt die DGOOC mit dem Positionspapier ihre gesundheitspolitischen Forderungen und Positionen bekannt, u.a. zu den folgenden Themenbereichen:

- Strukturierte Versorgung und definierte Versorgungsqualität in Orthopädie und Unfallchirurgie,
- Hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land,
- Prävention als Schlüssel zur Verhinderung von Volkskrankheiten,
- Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur in Klinik und Praxis,
- Sicherstellung ärztlicher Versorgung im Katastrophen-, Terror- und Kriegsfall,
- Ärztliche Versorgung der Zukunft durch exzellente Aus-, Fort- und Weiterbildung sichern,
- Stärkung von Wissenschaft und Forschung für unsere Patientinnen und Patienten

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110005 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. Grundsätzl. Unterstützg. u. Forderg. an Ges. z. Beschleunig. d. Anerkennungsverf. ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Beschreibung:

Das Ziel, Anerkennungsverfahren effizienter zu gestalten und so dringend benötigte Fachkräfte schneller in die Versorgung zu integrieren, wird grundsätzlich begrüßt. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Ausbildungsqualität, der Patientensicherheit und der fachlichen

Prüfstandards geschehen. Eine gesetzliche Klarstellung der Zuständigkeiten, die Beibehaltung der Prüfungshoheit bei den Länderkammern, die klare gesetzliche Definition der Prüfkriterien, die realistische Bemessung des Prüfungsumfangs sowie der Verzicht auf partielle Berufserlaubnisse und unangemessene Härtefallregelungen sind hierfür unerlässlich.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602230014 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

11. Verbesserg. d. Qualität d. Krankenversorg. - StN z. RefEntwurf eines Ges. z. Anpassg. d. Krankenhausreform, Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG

Beschreibung:

In der Stellungnahme erläutern DGOU, DGOOC und DGU die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Definition für die LG 14 "Allgemeine Chirurgie" sowie der Definition von Fachkliniken.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform, Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG

Datum des Referentenentwurfs: 30.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602230015 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

380.001 bis 390.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

DGOOC_Jahresabschluss_2024_LR.pdf